

rium, der Ausschuß, die Gesellschaft selbst — sich mit einem Zugeständnisse der Art einverstehen können, das wissen freilich weder der geehrte Antragsteller noch ich, aber es ist hier eine Gelegenheit der geehrten Kammer gegeben, daß eine Manifestation ihres guten Willens für die Binnenbahn hervortreten könne. Jedenfalls wird, so hoffe ich, der Antrag des Abg. Müller den Gewinn haben, daß in dem Deputationsgutachten eine Aenderung eintreten wird. Es läßt sich erwarten, daß man entweder auf die Regierungsvorlage zurückgeht, oder mit einer Modalität das Deputationsgutachten annimmt, so daß nicht die Besorgniß weiter im Lande rege wird, die der Herr Vicepräsident angedeutet hat, die Besorgniß, daß man mit einer Hand gegeben, mit der andern Hand wieder genommen habe. —

Secretair Abg. D. Schröder: Ich bin nunmehr zur völligen und festen Ueberzeugung gekommen, daß der Antrag der Deputation unter 5. in der That nicht anzunehmen ist. Der Vorstand der berichterstattenden Deputation selbst hat im Verlaufe der Discussion zwei sich widersprechende Auslegungen der Fassung des Antrags gegeben, und wenn derjenige, von welchem der Antrag ausgegangen ist, selbst ihn auf verschiedene Weise auslegt, und der Referent der Deputation, der den Bericht verfaßt hat, ihn abermals verschieden auslegt, so kann ich nicht glauben, daß der Antrag so gefaßt ist, wie er gefaßt werden sollte. Im Anfange der Discussion erklärte der Herr Abg. v. Thielau auf meine Bemerkung, daß keine Rede davon sein könne, daß die künftigen Stände darüber gehört werden sollten, wie hoch sich der Staat bei der Binnenbahn betheiligen solle, sondern die künftige Ständeversammlung solle nur darüber entscheiden, welche Modalität bei der Ausführung stattzufinden habe. In der letzteren Rede äußerte er aber, daß der Antrag so zu verstehen sei, daß durch einen Beschluß der künftigen Stände die Binnenbahnen noch vortheilhafter gestellt werden könnten, ja die Deputation hätte geglaubt, der Staat könne die Bahn vielleicht selbst bauen. Ich sollte glauben, daß diese beiden Erklärungen sich offenbar widersprächen. Denn wenn die hohe Staatsregierung den Actieninhabern gegenüber erklären soll, wie hoch sie sich betheiligen will, so kann nicht mehr die Rede davon sein, daß Regierung und Stände darüber einig werden können, die Bahn selbst zu bauen. Es widerspricht sich hier eines dem andern, und ich glaube daher, daß es am Angemessensten ist, man läßt es bei der Regierungsvorlage bewenden.

Abg. von Thielau: Ich glaube nicht, daß ich mir selbst widersprochen habe; denn das, was der geehrte Abgeordnete als meine Aeußerungen angeführt hat, harmonirt mit sich selbst vollkommen. Die Ständeversammlung beschließt in diesem Augenblick, daß der Staat bis zur Hälfte sich bei den genannten Eisenbahnen betheiligen solle und resp. könne; darüber entsteht jetzt zwischen Regierung und Ständen ein Vertrag. Wenn nun aber derjenige, welcher etwas thun oder geben soll, noch mehr thun oder geben will, als er sich verpflichtet hat, so wird man das gern acceptiren,

wenn es gewährt wird, und das kann nur dann eintreten, wenn sich keine Actienunternehmer finden; denn außerdem hat der Staat nicht die Nothwendigkeit, sich höher zu betheiligen. Das harmonirt vollkommen. Die künftige Ständeversammlung kann von dem nicht zurückgehen, was heute beschlossen wird, aber zusehen kann sie. Wenn ich heute jemand einen Thaler zu geben verspreche, so kann ich nicht weniger geben, wohl aber zwei Thaler, statt einen.

Secretair Abg. D. Schröder: Der Herr Abg. von Thielau hat vorhin nicht hinzugesetzt, daß die künftigen Stände das Mehr noch geben sollen, wenn sich nicht Unternehmer finden. Das hat er vergessen zu sagen. Er meinte vorhin, der Staat könne aussprechen, wie hoch er sich betheiligen wolle, und zuletzt sagte er, der Staat könne späterhin den Bau selbst übernehmen. Die bedingungsweise Uebernehmung hat er allerdings jetzt erst hinzugesetzt, mithin mußte ich in seinen frühern Aeußerungen einen Widerspruch finden.

Abg. von Thielau: Ich habe dieß nicht hinzugesetzt, weil ich glaubte, daß Jeder von selbst darauf kommen könne.

Secretair Abg. D. Schröder: Ich glaube doch, daß ich soviel Deutsch verstehe, um zu wissen, was der Antrag enthält, wie er hier gefaßt ist. Der Herr Referent hat ihn eben so verstanden, wie ich, der Herr Finanzminister und noch mehrere Mitglieder der Kammer ebenfalls, und ich glaube, daß alle jene Herren soviel Deutsch verstehen, um zu sehen, ob ein Antrag richtig ist, oder nicht.

Abg. Poppe: Wenn es, meine hochgeehrtesten Herren, nicht zu spät wäre, würde ich versuchen, ihnen ausführlich zu zeigen, warum die Deputation im Interesse der chemnitz-riesaer Bahn den Antrag so gestellt hat, wie er Ihnen vorliegt. Wenn Sie mir in meiner Stellung Vertrauen schenken, so werden Sie mir glauben, daß die Deputation von der Ueberzeugung durchdrungen ist, ich behaupte es kühn, daß es unthunlich sei, bei der jetzigen Finanzperiode zur Ausführung dieser Bahn zu schreiten. Denn in Beziehung auf das, was der Herr Secretair (s. oben S. 145) gesagt hat, muß ich versichern, daß dieß in der Wirklichkeit insofern nicht mehr besteht, als die 75,000 Thlr. bis auf Weniges consumirt sind. Ich gehe noch weiter, ich weiß, daß ein großer Theil der Actien nicht mehr existirt, weil sie als non valeur angesehen wurden. Wir haben das Interesse des Staats und der Steuerpflichtigen im Auge zu halten, und ich weiß nicht, wie es noch werden soll, da die Bauten von Eisenbahnen überall sich aufhäufen. Wenn die Ansichten der Herren, die sich für den sofortigen Angriff dieser Bahn verwenden, Anklang in der Kammer fänden, so würden wir die hohe Staatsregierung in eine Verlegenheit setzen, die ich nicht über mich nehmen möchte.

Abg. D. von Mayer: Ich glaube, daß das, was der Abg. Poppe jetzt sagte, gegen den Antrag des Abg. Müller gerichtet war. Gegen meinen Antrag kann es nicht gerichtet gewesen sein; denn ich glaube nicht, daß die Deputation verkennen wird, daß in der jetzigen Fassung der Antrag der